



UNIVERSITÄT KLAGENFURT

**Fakultät für Kulturwissenschaften
Der Dekan**

Fakultät für Kulturwissenschaften
Universitätsstraße 65-67, A-9022 Klagenfurt

An das Präsidium des Nationalrates
sowie an das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Verkehr
Minoritenplatz 5
1014 Wien

O.Univ.-Prof. Dr. Friedbert Aspetsberger
Universitätsstraße 65-67
A-9022 Klagenfurt
Tel.: 0463/2700-6227 Fax: 0463/2700-6205

- im Dienstweg -

Zahl: zu 302-98/99

Klagenfurt, am 6. Mai 1999/sto

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf einer Änderung des UniStG

Anbei übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Studienkommission Philosophie an der Fakultät für Kulturwissenschaften zum Entwurf einer Änderung des Universitäts-Studiengesetzes.

DER DEKAN

o.Univ.-Prof. MMag. Dr. Friedbert Aspetsberger

Anlage

Studienkommission Philosophie
der Universität Klagenfurt
Univ. Doz. Dr. Manfred Moser
(Vors.)

An das
Dekanat
der Fakultät für Kulturwissenschaften
Universität Klagenfurt

Klagenfurt, den 26. April 1999

Stellungnahme

zum Entwurf einer Änderung des UniStG

Die Studienkommission Philosophie hat in ihrer Sitzung am 12. April den über Ostern eingelangten Entwurf einer Änderung des Universitäts-Studiengesetzes lebhaft diskutiert. Eine reguläre Begutachtung war mangels Vorbereitungszeit und Tagesordnungspunkt nicht möglich. Dennoch möchte ich bitten, wenigstens einige Gesichtspunkte der Diskussion zur Kenntnis zu nehmen.

1. Die auf dem Vorblatt und im Allgemeinen Teil der Erläuterungen benannten Probleme, Ziele, Alternativen sind insgesamt plausibel dargestellt. Man darf sich also eine Auseinandersetzung nicht ersparen.
2. Die Diktion fällt aber gleich unangenehm ins Auge. Bachelors (Junggesellen) und Masters (Meister) sollen helfen, das österreichische Bildungssystem auf ein internationales Niveau zu heben und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Internationalismus schlägt um in Provinzialismus, wenn lediglich die Form geändert und der Inhalt vernachlässigt wird. Daraus folgen Widersprüche, die sich nicht einmal mit Logik überbrücken lassen.
3. Das Versagen der Logik kommt genau zum Ausdruck in § 11 Abs. 2, wo es heißt, die Einrichtung von Bachelor- und Masterstudien "setzt voraus", daß das Studium "der internationalen Mobilität der Studierenden dient und eine Nachfrage nach Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiums auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten ist". In der Schulphilosophie heißt das *petitio principii*: Man setzt etwas voraus, das es zu beweisen gilt, oder man verwechselt Wirkung und Ursache, man schmeißt eben alles durcheinander.
4. Das Versagen der Logik kommt noch genauer zum Ausdruck in § 11 Abs. 3, wo dem Masterstudium nur zwei über das Bachelorstudium hinausgehende Semester reserviert werden. Unklar bleibt, was in dem Jahr - neben der Abfassung der Diplom- bzw. Masterarbeit - noch passieren soll. Klar ist, was vorher passiert. Das ergibt sich aufgrund der Erweiterung des § 7 Abs. 7 durch lit. a: "In den Bachelorstudien ist im Studienplan abweichend von Abs. 7 eine verpflichtende Abfolge von Lehrveranstaltungen und Prüfungen festzulegen." Also Schule! Ordnung! Pennälerordnung! - Die

petitio principii öffnet sich jetzt wie eine Schere: Entweder wird der Arbeitsmarkt die Nachfrage nach solch schlecht vorbereiteten Junggesell(inn)en - und Meister(inne)n - bald einstellen, oder die Studierenden fliehen vor einem Bildungssystem, das sie in die Pubertät zurückwirft, und machen von ihrer internationalen Mobilität Gebrauch.

5. Das Versagen der Logik kommt am genauesten zum Ausdruck in § 11 Abs. 4, wo die Semesterstunden des Bachelor- und des Masterstudiums in ein Verhältnis von 9 zu 1 gesetzt werden. Die Modernisierung und Globalisierung soll wenig, am besten gar nichts kosten! (Ein paar Privatissima, abgehalten von Honorarprofessoren und pensionierten Universitätslehrern, könnten den geringen Studienbedarf locker abdecken.) Offensichtlich ist den Erfindern der Novelle nicht ganz klar, daß man für eine Anerkennung immer etwas tun muß, und zwar im internationalen ebenso wie im nationalen Austausch der Leistungen. Das objektive Maß des Austauschs ist heute das Geld - feiner formuliert: die Investition. Aber die kann keineswegs beabsichtigt gewesen sein. Im Gegenteil, das Ministerium will nicht zahlen! So löst sich das Problem in ein Nebelchen auf: Die Bildungspolitik hat nichts, kann nichts, sie überträgt ihr Elend auf die Bürokratie, und die reagiert mit Zerstörungswut und Dirigismus. Wenn man die Logik weitertreibt, ist nur ein Schluß möglich: Zusperrern! Die Arbeit, der Arbeiter, das Geld, sogar der Staat ist zu teuer. Warum sollte man sich da noch eigene Universitäten leisten?

Soviel zur Stimmung der Studienkommission am 12. April.

G v. D. v. v.